Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 6.00 Mark, vierteljährlich 18.00 Mk., durch die Post 18.00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 50 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.00 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 13, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 177. | **Halle, Freitag, den 16. April 1920.** | **Einzelpreis 20 Pfg.**

Abzug der „Schwarzen" aus Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 15. April. (Eigene Drahtnachricht.) Heute morgen haben das französische Kolonialregiment und ein Linienregiment die Stadt verlassen. Die Absperrungen am Hauptbahnhof sind aufgehoben. Die Wachen dortselbst werden eingezogen.

Baldige Räumung des Maingaues.

London, 15. April. Die hiesigen Abendblätter künden amtlich den baldigen Rückzug der Franzosen aus den neu besetzten deutschen Städten an.

Besorgnis vor englischen Mißfallen.

WTB. Brüssel, 15. April. Das offiziöse „Journal de Bruxelles" sucht das belgische Volk zu beschwichtigen, indem es erklärt, es bestehe keine Befürchtung, daß die englische Regierung Belgien weitere Kredite verweigern werde, wegen der Beteiligung belgischer Soldaten an der Besetzung Frankfurts. Die englische Regierung habe schon lange erklärt, es bestehe keine Befürchtung, daß sie über den 1916 bewilligten Kredit von neun Millionen Pfund Sterling nicht hinausgehen könne. Lediglich mit Privatbanken verhandle die belgische Regierung noch. Es könne also die Befürchtung nicht aufrechterhalten werden, daß die Beteiligung an der Okkupation irgend etwas mit der englischen Ablehnung zu tun habe. Das „Journal de Bruxelles" gibt heute unumwunden zu, daß die belgische Regierung einen Hintergedanken hatte, als sie ein Bataillon nach Frankfurt am Main entsendete, denn das Blatt erklärt, eine der Folgen des Dienstes, den Belgien Frankreich leiste, sei, daß die Lösung der belgisch-französischen Frage der luxemburgischen Eisenbahnen beschleunigt werde. Jedenfalls scheine Belgien die große Genugtuung zu haben, daß wenigstens vorerst Delegierte für diese Verhandlungen ernannt würden. Im übrigen wehrt sich das Blatt dagegen, daß die „Libre Belgique" annehmen könnte, die englische Regierung könne Belgien seinen Schritt verübeln. Die belgische Regierung hatte im übrigen, schon ehe der Konflikt zwischen England und Frankreich bekannt wurde, beschlossen, Frankreich beizuspringen.

Zusammentritt der Botschafterkonferenz.

WTB. Paris, 15. April. Die Botschafterkonferenz tritt am Freitag zusammen, um den Zeitpunkt der Volksabstimmung im Bezirk Marienwerder festzusetzen und den Friedensvertrag mit Ungarn endgültig fertigzustellen.

WTB. Paris, 15. April. Wie „Echo de Paris" erfährt, wird auch der italienische Botschafter der heutigen Sitzung der Botschafterkonferenz wieder beiwohnen. Diese wird sich heute nachmittag mit der Volksabstimmung in Marienwerder und mit der Frage der Ausführung der maritimen Klauseln des Vertrages beschäftigen.

WTB. Paris, 15. April. Nach einer Londoner Meldung des „Petit Parisien" erklärte Bonar Law gestern im Unterhause der französisch-englische Notenwechsel über die Besetzung von Frankfurt und der umliegenden Städte werde nicht veröffentlicht werden.

Aus Rache.

WTB. Breslau, 15. April. Als Urheber der Bluttat an dem Gütervorsteher Placek ist der Alpenjäger Jules Pasenti verhaftet worden. Das französische Kriegsgericht ist am Dienstag zusammengetreten, um über den Fall zu verhandeln. Pasenti ist Italiener, steht jedoch in französischem Militärdienst. Als Grund der Tat gibt er an, daß seine Eltern in Frankreich von Deutschen erschossen worden seien und er dafür Rache genommen habe.

Menschenfreundliche Streiker.

WTB. Amsterdam, 15. April. Dem „Telegraaf" zufolge haben auch die streikenden Amsterdamer Hafenarbeiter beschlossen, die für Wien und Deutschland bestimmten Lebensmittel zu löschen.

Frankreich an der Grenze seiner Steuerleistung.

Ein besonnener Franzose.

WTB. Paris, 15. April. Der ehemalige Senatspräsident Dubost begründete im Senat eine Interpellation über die Finanzpolitik der Regierung. Nach seiner Ansicht betragen die finanziellen Verpflichtungen Frankreichs 400 Milliarden, würden also den nationalen Reichtum Frankreichs, wie man ihn vor dem Kriege schätzte, wesentlich übersteigen. Man scheine sich jetzt einzig und allein auf Steuern und Anleihen verlassen zu wollen. Aber man sei an einer Grenze angekommen, die nicht mehr überschritten werden könne, und müsse deshalb nach neuen Einkommensquellen suchen. Das Problem der Wiedergutmachung sei nach Ansicht Dubosts nicht gelöst worden. Man hätte einen internationalen Kredit schaffen sollen, um die Kriegsschulden der verschiedenen Staaten zu liquidieren. Man könne sie auf etwa 500 Milliarden schätzen. Der Reichtum aller Nationen, die Krieg geführt haben, erreiche heute die Summe von 3000 Milliarden. Diese könnten die Sicherheit für eine internationale Anleihe bieten. Der Hauptirrtum des Friedensvertrags sei der, daß man nicht begriffen habe, daß die Zukunft der Welt von der Regelung der finanziellen Fragen abhänge, und daß diese Regelung nur eine internationale Lösung finden könne. Es sei vielleicht noch Zeit, die begangenen Fehler wieder gutzumachen.

Die Verfolgung der Hölz-Bande.

Hölz in Frauenkleidern entkommen. — Ablehnung des Generalstreiks.

WTB. Leipzig, 15. April. Amtlicher Bericht aus dem Vogtlande: Bei den gestern gemeldeten Zusammenstößen mit der Hölzbande südlich Reuteltang hatten die Truppen keine Verluste. Die Zahl der dabei gemachten Gefangenen hat sich auf 100 erhöht. Erbeutet wurden ein Maschinengewehr, 300 Gewehre und verschiedene Personenkraftwagen, darunter der des Hölz mit dessen Hut. Hölz selbst ist entkommen, angeblich in Frauenkleidung. Die Bahnlinie Falkenstein-Klingenthal ist an mehreren Stellen durch Brückensprengungen und Zerstörung der Gleise unterbrochen worden. Teile der in Klingenthal eingerückten Truppen befinden sich im Vormarsch auf Johanngeorgenstadt. Bei der Annäherung der Truppen hat der Aktionsausschuß in Burgstädt die Stadt gestern mittag verlassen. Leutersdorf und Umgebung wurden gestern nachmittag, Hohenstein-Ernstthal heute morgen kampflos besetzt. Ueber die Amtshauptmannschaft Glauchau ist gestern nachmittag der Ausnahmezustand verhängt worden. Es hat sich dort ein neues Brandkomitee gebildet. Ein neu gegründeter Bürgerausschuß organisierte eine bewaffnete Abwehr gegen den roten Terror. In Zwickau haben die Arbeiterräte 137 Stimmen für und 31 Stimmen gegen den Generalstreik abgegeben. Eine Urabstimmung in den Betrieben ergab 23 000 gegen und 8000 Stimmen für den Streik.

Hölz in Leipzig gesehen?

Dresden, 15. April. (Eigene Drahtnachricht.) Wie aus Leipzig gemeldet wird, wurde Hölz gestern dort gesehen. Er passierte um 5 Uhr nachmittags mit drei Genossen in zwei Automobilen die Stadt. Die polizeilichen Nachforschungen sind im Gange, doch ist wohl kaum anzunehmen, daß sich der Verbrecher noch in Leipzig befindet.

Der erste Sklarzprozeß.

Berlin, 15. April. (Eigene Drahtnachricht.) Als erster in der großen Reihe der Sklarzprozesse beginnt heute vor der Strafkammer des Landgerichts I der Prozeß gegen den Journalisten Rhodin, belgischer Staatsangehöriger, wegen Betruges, versuchten Betruges und Beleidigung des Ministerpräsidenten Scheidemann. Gegenstand der Anklage bildet ein im Januar erschienener Artikel mit der Ueberschrift: Neues zum Falle Sklarz, in dem behauptet wird, daß Georg Sklarz, Scheidemann, Graf Brockdorff-Rantzau und Staatskommissar Dr. Köster in Nordschleswig große Terrains erworben und zwecks besserer Verwertung mit allen Kräften darauf hingearbeitet haben, daß dieses Gebiet an Dänemark falle. Das Endergebnis der Vernehmung des Angeklagten war sein Geständnis, daß sein anonymes Material völlig aus der Luft gegriffen war. Da die Verteidigung auf der Vernehmung sämtlicher Zeugen besteht, dauert der Prozeß an.

Die Schulden des deutschen Reiches: 107 Milliarden Mark.

Berlin, 15. April. (Eigene Drahtnachricht.) Nach einer Mitteilung des Reichsfinanzministers Dr. Wirth in der heutigen Sitzung des Ausschusses betragen am 31. März die fundierten Schulden des Deutschen Reiches 82 Milliarden, die schwebenden Schulden 105 Milliarden, zusammen also 187 Milliarden Mark.

Sicherheitspolizei in Gotha.

Gotha, 15. April. (Eigene Drahtnachricht.) Zur Sicherung der Maßnahmen des Reichskommissars ist heute ein starkes Aufgebot Sicherheitspolizei eingerückt.

Die freie Schiffahrt auf der Donau.

WTB. Budapest, 15. April. Ungar. Korr.-Büro. Der Vorsitzende der Donau-Kommission Admiral Troubridge hat mit sämtlichen Mitgliedern der Kommission eine Reise zur Orientierung über die Verhältnisse des Donauverkehrs unternommen. Ueberall begegnete Troubridge der verständnisvollen Unterstützung durch die zuständigen Faktoren hinsichtlich seiner liberalen Verkehrspolitik. Die Donaustaaten zeigten ihre Bereitschaft, auch für die Mittelmächte die freie Schiffahrt zu sichern. Die serbische Regierung stellt der Donau-Kommission eine größere Kohlenmenge zur Verfügung.

Ueber die gegenwärtigen Zustände des Donauverkehrs lassen sich die Erfahrungen Troubridges folgendermaßen zusammenfassen: In Deutschland beginnt der Donauverkehr auf den Friedenszustand zurückzukehren. In Oesterreich kämpft man noch mit verschiedenen Hindernissen, doch beginnt sich auch hier die Schiffahrt zu heben. Die Tschechen haben große Pläne, sie wollen in Preßburg einen Konkurrenzhafen gegen Budapest einrichten, haben aber vorläufig keine eigenen, sondern nur geliehene Schiffe. Die ungarische Schiffahrt kann erst nach Friedensschluß Aufschwung nehmen. Die Serben haben wohl Kohle genug, aber es mangelt ihnen an Beförderungsmitteln. Für Rumänien ist die Schiffahrt zwar ziemlich lebhaft, hat aber noch nicht das Friedensausmaß erreicht.

Die polnisch-russischen Verhandlungen.

Von unserem russischen Mitarbeiter.

Am 10. April hätten in Borissow die Friedensverhandlungen zwischen Polen und der Sowjetrepublik beginnen sollen. Alles war schon vorbereitet, und die Polen hatten bereits ihre Vertreter nominiert. Im letzten Augenblick wurden aber die Verhandlungen aufgeschoben, weil die polnische Regierung auf den Vorschlag der Bolschewisten, während der Friedensverhandlungen einen Waffenstillstand an der polnisch-russischen Front eintreten zu lassen, nicht annehmen wollte. Die Bolschewisten erklärten daraufhin, mit dem Verhandlungsorte Borissow nicht einverstanden zu sein und schlugen andere Orte vor. Das aber wollen die Polen unter keiner Bedingung annehmen, da der Name Borissow für die romantisch veranlagten Polen eine besondere Bedeutung hat. In Borissow wurde nämlich einer der drei Teilungsverträge bezüglich Polens am Ende des 18. Jahrhunderts geschlossen. Die Polen möchten, daß zum Zeichen der ausgleichenden historischen Gerechtigkeit in Borissow Polen innerhalb der Grenzen aus dem Jahre 1772 restituiert werde.

In Wirklichkeit ist den Polen die Verschiebung des Anfangstermines der Verhandlungen mit Rußland nicht unangenehm. Wohl hatte die polnische Regierung gemeinsam mit dem polnischen Landtage eine Reihe von Bedingungen ausgearbeitet, die den Bolschewisten hätten vorgelegt werden sollen. Diese Bedingungen, unter ihnen die Ueberlassung aller Gebiete, die im Jahre 1772 dem polnischen Staate gehört haben, an Polen fanden jedoch keine Billigung in England, Amerika und Italien und noch weniger in den Randstaaten Litauen, Lettland, Weißrußland und in der Ukraine. Auch Rumänien war mit diesem übertriebenen Expansionsdrang der polnischen Regierung nicht einverstanden. Die wochenlang andauernden Verhandlungen Polens mit den Randstaaten in Warschau haben auch zu keinem für Polen günstigen Resultate geführt. Die Litauer waren überhaupt nicht erschienen; Lettland und Estland wollten nicht auf die polnischen Vorschläge eingehen und sich unter das Protektorat von Warschau stellen. Die rumänischen Vertreter erklärten, keine genügenden Vollmachten zu haben, und die ukrainischen Vertreter, die sich seit Monaten in Warschau befinden, wurden von den Polen dauernd genasführt, sodaß sie mit Rücksicht auf die Stimmung der ukrainischen Massen sich hüteten, Polen irgend welche Vollmachten zur Verhandlung auch im Namen der Ukrainer zu geben. Die schönen Pläne der polnischen Regierung, mit einem Schlage Warschau zum Mittelpunkte der Ostpolitik zu machen und die Hegemonie über alle Nationalstaaten Osteuropas zu erringen, scheiterten somit schon beim ersten Versuch sowohl am Widerstande der Ententemächte als auch an der Gegnerschaft der verschiedenen Randvölker, die einer polnischen Herrschaft in noch höherem Maße mißtrauen, als einer russischen Hegemonie. Der Sowjetregierung sind sowohl die außenpolitischen als auch die inneren Schwierigkeiten Polens nicht unbekannt. Die Moskauer Volkskommissäre wissen auch, daß der in allen europäischen Zeitungen gerühmte tapfere Widerstand der polnischen Armee eben nur in den Zeitungen vorhanden ist, denn tatsächlich hat die große bolschewistische Offensive gegen Polen noch nicht begonnen. Bisher fanden bloß größere Erkundigungsgefechte statt. Die Bolschewisten hoffen, daß selbst eine Teilniederlage der polnischen Armee die Geneigtheit der polnischen Regierung, Frieden zu schließen, vergrößern wird. Darum ist auch ihnen eine Verschiebung der Friedensverhandlungen nicht unangenehm, umsomehr als die Polen an dieser Verschiebung die Schuld haben.

Es ist also anzunehmen, daß noch einige Zeit verstreichen wird, bis Polen und Russen am Verhandlungstisch sitzen werden. Die Verhandlungen selbst werden nach dem Urteile aller Kenner der östlichen Verhältnisse viele Zwischenfälle und Ueberraschungen bringen.

*

WTB. Paris, 15. April. Dem „Journal des Débats" zufolge hat der russische Volkskommissar Tschitscherin in einem Funkspruch Millerand gebeten, die politische Regierung zu veranlassen, als Verhandlungsort für die Friedensverhandlungen eine andere Stadt als Borissow anzunehmen.

Abstempelung der Kronenbanknoten in Polen.

WTB. Danzig, 15. April. Das polnische Ministerium hat beschlossen: Um die Abstempelung der Kronenbanknoten in Polen durchzuführen, wird von Mitternacht zum 17. April bis Mitternacht zum 27. April der gesamte Personen- und Güterverkehr zwischen Polen und dem Auslande vollständig gesperrt. Dabei gelten die Abstimmungsgebiete als Ausland. Für den Transportverkehr zwischen Ostpreußen und Deutschland ist die Linie Konitz-Czersk-Marienwerder, für den Transitgüterverkehr auch die Linie Konitz-Laskowitz-Deutsch Eylau in Aussicht genommen. Ueber die Eröffnung dieses Verkehrs werden noch Verhandlungen geführt. Der Verkehr wird aber sicher nicht vor Sonntag hergestellt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200416015/fragment/page=0001

Abgesagte Sitzung des Unterausschusses.

WTB. Berlin, 15. April. Die für den 16. April angesetzte Sitzung des zweiten Unterausschusses des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung findet nicht statt.

Der Reichsjustizminister über das Verfahren gegen die Kappleute und Kotgardisten.

WTB. Berlin, 15. April. Der Reichsjustizminister legte in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung über seine Stellungnahme zu der Frage der Einleitung und Durchführung der Strafverfahren anläßlich des Kapputsches und der Vorgänge im Ruhrgebiet folgendes dar: Ich habe ja schon gestern davon gesprochen, daß ich mein Amt dahin auffasse, daß ich ohne jede politische Rücksichtnahme die Verbrecher, ob sie rechts oder links sitzen — ich fügte auf Zuruf hinzu: auch wenn sie in der Mitte vorhanden sind — der Verfolgung zuführen werde. Ich halte es ganz besonders unter den gegenwärtigen Verhältnissen überhaupt nicht für meine Aufgabe, dafür zu sorgen, Verbrecher ihrer Bestrafung zu entziehen, sondern nach Möglichkeit sie der Bestrafung zuzuführen. Ich will aber auf der anderen Seite hier klar und deutlich zu erkennen geben, daß bei der Strafverfolgung der hochverräterischen Unternehmungen, wie sie einerseits in dem Kapp-Lüttwitz-Putsch und andererseits in dem im Ruhrgebiet, in Tangermünde usw. in die Tat umgesetzt worden sind, eine Unterscheidung notwendig ist, wie das auch schon der Reichskanzler Bauer in Stuttgart ausgeführt hat, zwischen den Rädelsführern oder Verführern und den Mitläufern oder Verführten. Ich habe in dieser Beziehung dem Oberreichsanwalt schon kurz nach Beginn meines Amtsantritts geschrieben: „Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, daß ein dringendes öffentliches Interesse daran besteht, die Verfahren gegen diejenigen Personen, die bei der Vorbereitung und Durchführung von hochverräterischen Unternehmen — ich nahm in den vorhergehenden Ausführungen des Schreibens sowohl auf den Kapp-Lüttwitz-Putsch als auf die Ausrufung der Räterepublik im Ruhrgebiet ausdrücklich bezug — eine führende Rolle gespielt haben, mit größtem Nachdruck gefördert zu sehen." Das Interesse, das die Allgemeinheit an Sühne der Verbrechen dieser Personen hat, ist so überwiegend, daß demgegenüber die Bedeutung der Verfolgung verführter und irregeleiteter Personen, die sich im weiteren Verlaufe der Angelegenheit lediglich auf die eine oder andere Seite gestellt haben, wesentlich zurücktritt. Ueberdies kommt bei diesen Personen in betracht, daß auch der Erfolg eines Strafverfahrens in der Regel zweifelhaft sein wird, da die Feststellung des Tatbestandes des Hochverrats nach der subjektiven Seite hin auf Schwierigkeiten stoßen wird. Namentlich wird mit dem Einwand gerechnet werden müssen, daß der Betreffende zurzeit seines Anschlusses das hochverräterische Unternehmen als bereits zur Durchführung und zum Erfolg gelangt angesehen und angenommen habe, daß bereits die neue Staatsgewalt endgültig an die Stelle der alten getreten sei. Bei Militärpersonen wird ferner der Gesichtspunkt in Frage kommen können, daß der Beschuldigte einen militärischen Dienstbefehl befolgte, ohne dabei zu erkennen, daß der Befehl die Durchführung des Verbrechens des Hochverrats zum Zweck hatte. Ich will zu diesen damals und Anfang April gegebenen Aeußerungen heute hinzufügen, daß sie sich nach Entwickelung der Dinge selbstverständlich auch auf alle diejenigen beziehen, die in der Abwehr des verbrecherischen Kapputsches der festen Ueberzeugung nach ihrer Pflicht dem Volke gegenüber und zur Verteidigung der Verfassung zu tun glaubten. Auch insoweit wird bei verständiger Prüfung meiner Ueberzeugung nach in der Regel anzunehmen sein, daß der subjektive Tatbestand, das heißt das Bewußtsein von der Rechtswidrigkeit des Verhaltens, keinesfalls vorliegt, selbst wenn man den objektiven Tatbestand einer strafbaren Handlung feststellen könnte. Das kommt natürlich ganz besonders auch für diejenigen Leute im Ruhrgebiet in Frage, die dort lediglich deshalb zu den Waffen griffen, weil sie der wirklichen oder vermeintlichen Ueberzeugung waren, gegen Kappsche Kanonen zur Unterstützung der Regierung und für die Verteidigung der Demokratie zu kämpfen. Gegen alle, die irgendein gemeines Verbrechen begangen haben, wird unter allen Umständen — das wird auch durch keine Plebiscite oder Besprechungen oder Verabredungen irgendwie berührt — bitte, lesen Sie sie nach! — mit der größten Strenge eingeschritten werden. Das erwarte ich von allen dazu berufenen Organen unserer staatlichen Rechtspflege.

Eine Diktatur Däumig-Ludendorff.

Die Tatsache, daß die Abenteurer Kapp und Genossen für den Fall eines Scheiterns von Verhandlungen mit der Regierung Ebert-Bauer mit den Unabhängigen anzubändeln versucht haben, wird von Prof. Dr. Fritz Kern in den „Grenzboten" auf Grund persönlicher Eindrücke bestätigt: Am Montag, den 15. März, sah Kapp die Haltlosigkeit seines Unternehmens ein. Prof. Kern schreibt:

„Nur die eigentlichen Desperados sahen sich noch nach allerlei phantastischen Möglichkeiten der Rettung um, für den Fall, daß die Stuttgarter Regierung eine Verhandlung ablehnte. Noch am Dienstagnachmittag erklärte Hauptmann Pabst, falls die Stuttgarter Regierung die Kappschen Bedingungen nicht restlos annähme, auf eine Diktatur Däumig-Ludendorff zuzustreben. Däumig, der Führer der unabhängigen Sozialisten in Berlin, wurde auf 4 Uhr zur Besprechung in die Reichskanzlei gebeten. Er kam selbstverständlich nicht, aber es bezeichnet die Urteilsfähigkeit der unverantwortlichen Putschisten, daß sie von einer Vereinigung der Militärdiktatur und der Generalstreikpartei träumten, dazu noch in einem Augenblick, da die Wut der Arbeitermassen siedend aufkochte. Aber nicht nur auf Däumig wurde vergeblich gewartet. Auch nach Stuttgart spähten die angstvollen Blicke Stunde um Stunde umsonst. Es war Dienstag früh eine Drahtverbindung von der Reichskanzlei nach Stuttgart hergestellt worden. Nun hingen die Putschmörder buchstäblich an diesem Draht. Er entschied über ihr Sein oder Nichtsein. Jedesmal, wenn sich in den langen Stunden etwas in dem Apparat zu regen schien, schlitterten Bauer und Pabst zitternd vor Aufregung durch die Säle in den Telephonraum heran. Und jedesmal kehrten sie enttäuscht wieder um. Herr von Berger, den sie als Vermittler in Stuttgart wußten, meldete sich nicht. Warum war nur die Verbindung so schlecht? — — — In Wirklichkeit hatte sich die Stuttgarter Regierung kategorisch geweigert, mit Herrn von Berger überhaupt zu verhandeln. Einmal glaubte Oberst Bauer doch, im Apparat die Stimme Bergers zu vernehmen.

Pochende Frage: „Wie steht es mit unsern sieben Bedingungen?"

Antwort: „Sie werden nicht angenommen werden."

Frage: „Was dann?"

Antwort: „Bedingungslose Unterwerfung gefordert."

Bauer: „Dann fällt die Verantwortung für das Blutvergießen auf die Stuttgarter."

Oberst Bauer wird erst beim Lesen dieser Zeilen erfahren, daß er dies Gespräch nicht mit Berger, sondern mit dem Chef des Roske-Stabes geführt hat, mit dem er durch ein Versehen verbunden worden war."

Reichsverband der deutschen Industrie.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hielt am Mittwoch in Berlin seine erste ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Dr.-Ing. Sorge, betonte, daß die Lage im verflossenen Jahre sich eher noch etwas verschlechtert als gebessert habe. Schuld daran sei der Mangel an einer zielbewußten Innen- und Außenpolitik des Reiches. Nur eine Wiederherstellung der inneren Ruhe und eine Vermeidung jeder gewaltsamen Bewegung von recht oder links, sowie eine vernünftige, nicht mit Experimenten, wie gewaltsamer Sozialisierung, arbeitende Wirtschaftspolitik könne die Gefahr eines völligen Absterbens unseres Volks- und Wirtschaftskörpers verhindern.

Geheimrat Dr. Simons hielt dann einen Vortrag über die Wirtschaftspolitik des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Der Versuch der Regierung, durch eine energische Steuerpolitik den Bankerott des Reiches aufzuhalten, sei zwar an sich zu billigen, die Wahl des Weges aber scharf zu verurteilen. Nach einer kurzen Darstellung des Streites um das Betriebsrätegesetz entwickelte der Redner die Stellung, die der Reichsverband für die Durchführung des Artikels 165 der Reichsverfassung und den Versuch eines organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft eingenommen habe. Zu fordern sei ein stärkerer Zusammenschluß der deutschen Industrie. Grundbedingung sei ein Wiederaufbau der deutschen Auslandskreditfähigkeit. Man dürfe sich auf das Wohlwollen, ja nur auf das wohlverstandene Interesse fremder und besonders ehemaliger feindlicher Länder nicht verlassen. Die Gesamtkraft der deutschen Produktionsstände müßte diesem Kredit die Geldwerte, die sie besäßen, zur Verfügung stellen, um aus dem Papierjammer herauszukommen. Der Reichsverband hat insbesondere den Plan einer allgemeinen Kreditgenossenschaft durch sein Präsidialmitglied Dr. Hans Jordan-Mallingkrodt ausarbeiten lassen. Der Plan soll zunächst den eigenen Interessen der Industrie, nämlich der Finanzierung der Rohstoffeinfuhr und der für die Arbeiter und Angestellten erforderlichen Lebensmittelzufuhr dienen, gleichzeitig aber auch sich den produktiven Bedürfnissen der Landwirtschaft und des Handels bereitstellen. Als Voraussetzung für die Inangriffnahme dieses Werkes bezeichnet der Redner, daß die Reichsregierung alles unterlassen müsse, was den Kredit Deutschlands weiter schädigte, insbesondere das Wirtschaften mit der Notenpresse, die unproduktive Verwendung teuer erkaufter Einfuhrware und die Ueberfteigerung der behördlichen Organisationen. Aber auch unsere ehemaligen Feinde müßten aufhören, Deutschland mit Mißtrauen und Schikanen und Gewalttätigkeiten zu verfolgen und eine Politik zu betreiben, die auf die Zertrümmerung des Reiches und seines ganzen Wirtschaftslebens gerichtet sei.

Kommerzienrat Deutsch von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft sprach sodann über die Regelung der Ein- und Ausfuhr. Er kam in seinen Ausführungen zu dem Ergebnis, daß eine ordnungsmäßige Preisgestaltung im Gegensatz zu der bisherigen Valutaspekulation gegenüber den ausländischen Bestellern dadurch erzielt werden könne, daß die Hälfte des Preises bei der Bestellung in ausländischer Währung bezahlt, der Rest bei Ablieferung in deutscher Mark zu entrichten sei. Dadurch würde das Risiko gleichmäßig verteilt und der nicht scharf genug zu verurteilenden Nachforderung von Preiserhöhungen bei Ablieferung ein Riegel vorgeschoben werden. Infolge der andauernden Verteuerung stünden wir bereits jetzt an der Grenze der Weltmarktpreise und hätten diese gegenüber Italien bereits überschritten. Jede Industrie solle darum mit Genehmigung der Regierung Selbstbewertungskörper aus sich heraus schaffen, in die jeder Fabrikant einzutreten verpflichtet wäre. Diese Körperschaften sollten von jedem noch erzielten Ueberschuß eine Abgabe an das Reich abführen. Im Hinblick auf die Sozialisierungspläne des Reiches äußerte sich der Redner dahin, daß es heute schon so gut wie sicher sei, daß das Ausland sich weigern würde, mit verstaatlichten Betrieben zusammenzuarbeiten. Die Schmetz habe eine derartige Erklärung bereits abgegeben. Die Hebung unserer Valuta endlich, so schloß der Vortragende, durch eine Sanierung auf Grund ausländischer Kredite würde für die Industrie katastrophal wirken. Die Besserung könne nur von innen heraus erfolgen durch engsten, verständnisvollen Zusammenschluß von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, durch erhöhte Mehrproduktion und erhöhte Ausfuhr. Dann nahm die Versammlung eine Entschließung an, in der die Versammlung dem Präsidenten des Verbandes den Auftrag erteilt, Jordans Pläne auf Errichtung einer allgemeinen Kreditgenossenschaft einer Kommission von Sachverständigen zur eingehenden Prüfung vorzulegen.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Berlin, 15. April. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Erste Beratung eines Gesetzentwurfes betreffend Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und betreffend die Heeresjustiz.

Abg. Warmuth (Dn.): Meine Partei steht dem Entwurf ablehnend gegenüber. Mindestens ist eine Einführung zum 1. Oktober verfrüht. Die Zukunft der Heeresjustitia muß sichergestellt werden.

Abg. Stücklen (Soz.): Fälle, wie der Zabern- und der Marloßprozeß, haben das Vertrauen zur Militärjustiz völlig erschüttert. Ich beantrage die Verweisung an einen Ausschuß.

Abg. Graf Dohna (D. Vpt.) wünscht einen Aufschub des Gesetzentwurfs, da zurzeit eine gründliche Durchberatung unmöglich ist. Zudem haben wir nicht das nötige

Neuerwerbungen des Goethe-Nationalmuseums in Weimar

sind, wie unser Mitarbeiter schreibt, seit der Uebernahme der Leitung dieses Nationalinstituts durch den bekannten Goetheforscher und Kunsthistoriker, Dr. Hans Wahl, nichts Außergewöhnliches, denn während seiner verhältnismäßig noch kurzen Tätigkeit an dieser hervorragenden Stelle hat er die Schätze des Goethehauses um manches schöne wertvolle Stück vermehrt. Von einem ganz besonderen Glück war er aber in allerletzter Zeit begünstigt, da es ihm gelang, verschiedene außerordentlich wertvolle Neuerwerbungen zu machen. Im ersten Falle handelt es sich um zwei Bildnisse, die von unbekannter aber zweifellos künstlerischer Hand herrührend, den Großvater Goethes, den Frankfurter Rat, Bürgermeister, Schultheiß und Wirkl. Geheim. Rat Johann Wolfgang Textor sowie seine Gattin Anna Margarethe geb. Lindheimer darstellen. Ueber beide Personen sind wir bekanntlich durch Goethe selbst in seinem Roman „Wahrheit und Dichtung", woselbst er den Großvatern ein schönes Denkmal der Pietät gesetzt, unterrichtet. Die beiden Oelbilder in den Ausmaßen von 49 × 37 Zentimeter sind Pendants und stellen den Kaiserl. Herrn Rat im Bürgerrock und in seinen besten Mannesjahren dar, während die Frau Rat einen noch jugendlichen Eindruck macht und auch in dieser Auffassung sich als eine schöne Frau, die sich zu kleiden verstand, repräsentiert. Die beiden Brustbilder stammen aus Mainzer Privatbesitz und waren beim Ankauf durch Dr. Wahl stark mitgenommen, sind aber durch einen geschickten Restaurator ganz wundervoll wiederhergestellt. Bislang existierten von dem Textorschen Ehepaare nur das bekannte Kniestück von Scheppen, das den Rat in seiner Amtstracht und in seiner Bibliothek darstellt, sowie das Brustbild seiner Gattin von unbekannter Hand, welche beide sich in Mailand befinden. Ein Vergleich der Neuerwerbung des Goethehauses mit den Mailänder Bildnissen ergibt auf den ersten Blick die Identität mit den genannten Personen. — Des Weiteren ist es Dr. Wahl gelungen, ein ausgezeichnetes Bildnis von Christian Goethes Bruder, dem Bibliothekar Christian August Vulpius, von dem bislang nur eine Zeichnung von Schmeller (im Goethe-Nationalmuseum) existierte, zu erwerben. Das schöne, von unbekannter Hand — eventl. Jagemann? — gemalte Brustbild stellt den Bruder Christians in seinen besten Mannesjahren dar, eine Aehnlichkeit beider Geschwister ist unverkennbar. Von besonderer Bedeutung ist die Tatsache, daß Goethe eigenhändig auf der Rückseite durch eine Niederschrift die Identität des Bildes mit seinem Schwager bezeugt. Es dürfte sich also wohl um ein Bildnis handeln, das ehemals im Goethehaus Heimatrechte genoß bezw. zu Goethes Familienbildern gehörte. Alle drei Neuerwerbungen haben in den Zimmern des Goethe-Nationalmuseums hervorragende und würdige Plätze erhalten. K.

Anekdoten von einem Bischof.

Ueber den kürzlich verstorbenen Bischof von Scheele, einen der bekanntesten Geistlichen Schwedens, ist eine Menge von Geschichten im Umlauf, von denen die folgenden besonders lustig sind:

Als der Bischof eines Tages in Misby spazieren ging, hörte er aus einem Hof Lärm und gräßliches Fluchen. Er ging hin und fand einige Männer, die um ein Paar Stiefel wetteten, wer von ihnen — am besten lügen könne.

„Das ist ja eine schreckliche Wette," sagte der Bischof. „Als ich ein Kind war," fuhr er fort, „log ich unter Tages meine Mutter an. Aber sie nahm mich auf ihren Schoß und hielt mir das Verwerfliche der Lüge so eindringlich vor, daß ich es seitdem nie wieder getan habe."

„Er soll die Stiefel haben!" rief der eine der Hörer mit Bewunderung aus.

*

Auf seinen Visitationsreisen ging Bischof von Scheele gern in die Volksschulen und vergnügte sich damit, den Unterricht zu leiten. Manchmal war er offenbar zu gelehrt für die Kleinen. So hatte er eines Tages, indem er seine Brille als Anschauungsmaterial benutzte, über den Unterschied zwischen konkav und konvex gesprochen. Das Ergebnis seines Vortrages faßte er darauf in die Frage zusammen:

„Welcher Unterschied ist nun zwischen einem Brillenglas und einer Fensterscheibe?"

Ein kleines Mädchen war sofort mit der Antwort fertig:

„Fensterscheiben sind größer, und außerdem sind sie viereckig."

*

Noch mehr überrascht dürfte der gute Bischof gewesen sein, als er auf die Frage, ob ihm eines von den Kindern sagen könne, was er eigentlich wäre, die Antwort erhielt:

„Ein Schriftgelehrter."

„Ja," sagte der Bischof, „das kann man wohl sagen, denn ich bin ja Professor der Theologie in Upsala gewesen. Aber es ist doch nicht gerade das, was ich meinte." — Nun glaubte ein kleines Mädchen die richtige Antwort zu haben und rief: „Ein Pharisäer!"

Kunst und Wissenschaft.

Gründung eines Euckenbundes. Eine Reihe junger Philosophen hat die Gründung eines Euckenbundes in die Wege geleitet. In allen größeren Städten Deutschlands sollen Ortsgruppen gegründet werden, in denen in Vorträgen, wissenschaftlichen und populär-wissenschaftlichen Arbeiten die Philosophie Euckens gepflegt werden soll. Den Ehrenvorsitz des Bundes hat Professor Eucken in Jena selbst übernommen; der geschäftsführende Vorstand setzt sich einstweilen zusammen aus den Chefredakteuren Gustav Meyer und Dr. Dannenberg. Dem Aufruf zur Gründung des Bundes hat dem „Anhaltischen Anzeiger" zufolge Rudolf Eucken zwölf Leitsätze unter der Ueberschrift: „Unsere Forderungen an das Leben" vorangeschickt, die die Hauptrichtung der Gesellschaft angeben. Die Hauptsätze des Geistesprogramms lauten: Der Gedanke des Lebens fordert eine deutliche Scheidung von Naturleben und Geistesleben. Wir leben im Menschen nicht nur ein natürliches, sondern nur naturüberlegenes Wesen, wir fordern als Denker eine Metaphysik, aber eine Metaphysik des Lebens, nicht der Schule. Das Leben gilt uns in diesem Zusammenhange nicht als eine Verwendung naturgegebener Kräfte, sondern als ein Durchbrechen einer höheren Stufe der Wirklichkeit. Als Hauptstücke des echten Lebens gelten uns Ethik und Religion. Gemeinschaft, in geistigen Zusammenhängen begründete Gemeinschaft bedeutet uns weit mehr als Gesellschaft. Der Mensch ist uns eine große Aufgabe, nicht ein fertiges Erlebnis. Wir vertrauen auf den endgültigen Sieg der geistigen Weltmacht. Wir fordern daher einen kraftvollen Aktivismus, ja eine heroische Lebenshaltung. Nur der Gewinn einer neuen Lebensordnung und eines neuen Gesamtmenschen kann uns aus den Verwicklungen der Gegenwart befreien. Dieses Vertrauen muß an erster Stelle auf das Ganze des schaffenden Lebens, auf das göttliche Sein und Wirken gehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200416015/fragment/page=0002

Vertrauen zum Reichsjustizminister, der den Tempel der Justitia entweiht hat, um ihm auch diese Erweiterung seiner Kompetenz zu bewilligen.

Abg. **Falk** (Dem.): Die Kompetenz des Reichsjustizministers wird durch die Vorlage nicht erweitert.

Reichsminister **Blunck**: Der Entwurf ist bedingt durch die Verfassung, ferner notwendig durch die rasche Zunahme der Kriminalität in der Reichswehr.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) und persönlichen Bemerkungen werden beide Gesetzentwürfe an einen 21gliedrigen Ausschuß verwiesen.

Der Gesetzentwurf betreffend die Schaumweinsteuer wird in allen drei Lesungen erledigt.

Es folgen mündliche Berichte des Ausschusses für Wohnungspolitik, die ohne Aussprache erledigt werden.

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Prüfung von Bildstreifen für Lichtspiele.

Abg. **Ende** (Dem.): Das Heer von Arbeitern, das bei den Lichtspielen beschäftigt wird, darf nicht brotlos gemacht werden. Die Prüfung muß vereinfacht und einer einzigen Stelle übertragen werden, bei der auch pädagogisch und künstlerisch Gebildete mitwirken.

Abg. Frau **Weber** (Ztr.): Die Jugendämter müssen an der Durchführung des Gesetzes mitwirken.

Abg. Frau **Mende** (D. Vpt.) stimmt dem zu.

Abg. **Krüger** (Soz.): Die Selbstzensur des Filmbesitzers hat den Erwartungen nicht entsprochen. Politische und religiöse Gründe dürfen für die Zensur nicht maßgebend werden.

Abg. Frau **von Gierke** (Dn.): Der Staat muß die Bedingungen für eine sittliche Weiterentwickelung schaffen.

Paragraph 1 wird in der Ausschußfassung angenommen mit dem Zusatz, daß die vorgesehenen Verbote für In- und Ausland gelten sollen.

Zu Paragraph 3 befürwortet Abg. Frau **Zietz** (U. S.) einen Antrag Agnes, das Alter für Jugendvorstellungen von 18 auf 16 Jahre herabzusetzen. Die Zensur wird von der politischen Stellung der Zensoren beeinflußt.

Abg. **Krüger** (Soz.): Die Sozialisierung der Filmindustrie wäre die schärfste Zensur der Kinos.

Der Antrag Agnes wird abgelehnt.

Zu Paragraph 6 wird Absatz 1 gestrichen, der besondere Prüfungsstellen für Jugendfilme einführen wollte. Eine Reihe anderer Paragraphen wird im wesentlichen in der Ausschußfassung angenommen. Ebenso der Rest des Gesetzes. Das Gesetz wird darauf auch in der dritten Lesung angenommen.

Der Antrag auf Kommunalisierung der Vorführung von Bildstreifen wird abgelehnt.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Anfragen, Aufhebung der Vorschulen usw.

Schluß 5¾ Uhr.

Reichswehrtruppen in Bochum.

WTB. Bochum, 15. April. (Drahtnachricht.) Reichswehrtruppen sind heute vormittag hier eingerückt.

Kemal Pascha Großwesir in Anatolien.

WTB. **Paris**, 15. April. Nach einer „Times“-Meldung aus Konstantinopel hat sich Mustapha Kemal Pascha zum Großwesir einer neuen Regierung in Anatolien ausgerufen. Er übernimmt das Kriegsministerium. Nach einer Meldung der „Morning Post“ sollen die Bolschewisten ein Abkommen mit Kemal Pascha getroffen haben.

WTB. **Paris**, 15. April. Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel ist Hamid Pascha zum Kommandanten der Streitkräfte ernant worden, die gegen die nationalistische Bewegung kämpfen sollen.

Unkontrollierbare persische Nachrichten.

WTB. **Amsterdam**, 15. April. Nach einer Reuter-Meldung aus Teheran hat die kaspische Flotte die Entwaffnung und Internierung durch Persien angenommen.

Die demokratische Partei in Täbris hat, durch Deutsche ermutigt (?), die schwedischen Polizeioffiziere vertrieben.

Erfolgreicher Hungerstreik.

WTB. **London**, 15. April. Gestern abend wurden 56 im Hungerstreik befindliche Gefangene aus dem Gefängnis in Dublin freigelassen und nach dem Hospital gebracht, wo sie sich nach einer Erklärung der irischen Regierung für einen bestimmten Zeitraum auf ihr Ehrenwort einer ärztlichen Behandlung unterziehen dürfen.

WTB. **London**, 15. April. Die Dockarbeiter, Fuhrleute, Kraftwagenführer und ein Teil der Werftarbeiter von Londonderry sind zum Protest gegen die Behandlung der verhafteten Sinnfeiner in den Ausstand getreten. Der Verkehr zwischen den Häfen von Südwales und Irland ist eingestellt. In Limerick ist der Streik vollständig. Die Banken und Handelshäuser sind geschlossen. Der Zugverkehr ist vollständig unterbrochen. Der Streik in Dublin breitet sich weiter aus.

WTB. **London**, 15. April. Gestern ist es in Londonderry zu Zwischenfällen gekommen, wobei die Polizei eingegriffen hat. Zwei Personen wurden durch Schüsse verwundet.

Kein Getreideausfuhrverbot in Argentinien.

WTB. **Buenos Aires**, 15. April. Der Ackerbauminister widersprach in einem Interview dem Gerücht, daß der Erlaß eines Getreideausfuhrverbots beschlossen worden sei. Der Minister erklärte, diese Maßnahme sei nur für den Fall vorgesehen, daß die Ausfuhrziffer, die gegenwärtig 200 000 Tonnen betrage, bis Ende Juni auf drei Millionen steigen würde.

Heimkehr aus Japan.

WTB. **Berlin**, 15. April. Die Ankunft des Dampfers „Ume Maru“ mit dem ersten Familientransport aus Japan ist am 16. April im Laufe des Tages in Hamburg zu erwarten.

Deutsches Reich.

Die Untersuchung der Erzbergerschen Steueraffäre. Die Veröffentlichung des Ergebnisses der Untersuchung in der Steueraffäre des früheren Finanzministers Erzberger ist zunächst noch nicht zu erwarten. Nach dem Amtsrücktritt des Herrn Erzberger sind neue und eingehende Erhebungen in der Schweiz aufgenommen worden, deren Resultat erst zum Teil vorliegt und weitere Nachforschungen notwendig macht. Die gerichtliche Weiterverfolgung der Angelegenheit ist ausgesetzt, bis die Erhebungen in der Schweiz abgeschlossen sind.

Noske für den Hearstkonzern verpflichtet? Der „Frankf. Ztg.“ zufolge berichtet der Berliner Korrespondent des „Daily Chronicle“, deutsche Zeitungen hätten Noske eine Stellung angeboten, Noske habe aber abgelehnt. Dagegen habe er einen Vertrag abgeschlossen, der ihn zu einer langen Artikelserie für die Zeitungen des Hearstkonzerns verpflichte. Der Korespondent fügt hinzu, das Honorar würde für Herrn Noske eine Million Mark ausmachen.

Auch ein Revolutionsschaden. Während der Kapptage konnten Wertstücke von der Berliner Post nicht weiter befördert werden. Einer der liegen gebliebenen großen Wertbriefbeutel, der Wertpapiere und Bargeld im Betrage von ungefähr 400 000 Mark enthielt, ist abhanden gekommen.

Halle und Umgebung.

Halle, den 16. April 1920.

Das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter,

durch das die bisher geltenden Verordnungen aufgehoben sind, ist jetzt im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden. Danach ist jeder Arbeitgeber, der einen Arbeitsplatz besetzen will, verpflichtet, einen Schwerbeschädigten, der für diesen Arbeitsplatz geeignet ist, anderen Bewerbern vorzuziehen. Schwerbeschädigte im Sinne des Gesetzes sind alle Personen, die auf Grund der Versorgungsgesetze wegen Dienstbeschädigung eine Militärrente von 50 oder mehr vom Hundert der Vollrente beziehen. Ihnen stehen Personen gleich, die auf Grund der reichsgesetzlichen Unfallversicherung oder entsprechender landesrechtlicher Vorschrift eine Unfallrente von 50 oder mehr vom Hundert der Vollrente oder auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes vom 18. Juni 1901 eine Pension beziehen, die einer Einbuße an Erwerbsfähigkeit um 50 oder mehr vom Hundert entspricht.

Der Reichsarbeitsminister ist nach dem Gesetz ermächtigt, anzuordnen, daß private Arbeitgeber bestimmte Arten von Arbeitsplätzen, die vorzugsweise für Schwerbeschädigte geeignet sind, für Schwerbeschädigte freihalten. Werden solche Arbeitsplätze frei, so hat sie der Arbeitgeber binnen drei Tagen der Hauptfürsorgestelle anzuzeigen. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, der Hauptfürsorgestelle Einblick in seinen Betrieb zu gewähren, soweit das im Interesse der Schwerbeschädigten erforderlich ist. In allen Betrieben, Verwaltungen und Büros, in denen nach dem Gesetz eine Vertretung der Arbeitnehmer zu errichten ist, hat diese sich um die Durchführung dieses Gesetzes zu bemühen. Das Gesetz bestimmt ferner, daß jede Kündigung, die gegen einen Schwerbeschädigten ausgesprochen wird, der Hauptfürsorgestelle anzuzeigen ist. Das Gesetz tritt zwei Wochen nach seiner Verkündung in Kraft.

Die Entschädigung für beschlagnahmte Auslandseffekten.

Der Verein für die Interessen der Fondsbörse in Berlin hat an das Reichsministerium ein Schreiben gerichtet, in dem gegen die Bestimmung der bekannten Beschlagnahmeverfügung, daß bei der Entschädigung der Effektenbesitzer der Kurswert vom 10. Januar gewährt werden soll, Protest erhoben wird. In dem Schreiben heißt es:

Die Annahme, daß eine Entschädigung im Höchstbetrage des Kurswertes vom 10. Januar 1920 beabsichtigt sei, hätte jedem wirtschaftlich und kaufmännisch Denkenden von vornherein unglaubhaft erscheinen müssen angesichts der Tatsache, daß sich unter den Augen der staatlichen Börsenaufsichtsbehörde und mit unzweifelhafter Kenntnis auch der Reichsbehörden in einer Zahl der hier in Frage kommenden Werte während dreier Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages ein amtlicher Börsenhandel vollziehen dürfte. Die Regierung mußte von dem Augenblick an, wo sie einen bestimmten Zeitpunkt für die Bemessung der Entschädigung ins Auge faßte, dies unter Verhinderung eines weiteren Handels bekanntgeben, um neue Käuferschichten vor Verlusten zu bewahren. Unter der Herrschaft eines Börsengesetzes, das mit beinahe übertriebener Aengstlichkeit durch Staatsaufsicht, Prospektzwang, Emittentenhaftung und Strafandrohungen das effektenkaufende Publikum gegen Schädigungen zu schützen sucht, kann die Regierung die Verantwortung für die schweren Vermögenseinbußen nicht ablehnen, welche weite Kreise des Publikums in Unkenntnis der Absichten der Behörden durch Erwerb solcher Papiere zu einem den Kurs des gewählten Stichtages übersteigenden Wert erlitten haben.

Neuphilologentag erst im Herbst. Bekanntlich sollte die Haupttagung des Allgemeinen Deutschen Neuphilologen-Verbandes nach einer sechsjährigen Pause zu Pfingsten in Halle abgehalten werden. Mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Unsicherheit der Lage und den in die Pfingstzeit fallenden Wahlkampf aber ist von dem derzeitigen Vorort Halle der Beschluß gefaßt worden, die Tagung vorläufig auf den Herbst dieses Jahres zu verschieben.

Graf Posadowsky kandidiert nicht wieder. Der Staatssekretär a. D. und Staatsminister Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner, Abgeordneter zur Nationalversammlung für den Wahlkreis Merseburg, hat den Landesverband Merseburg der Deutschnationalen Volkspartei gebeten, von seiner Aufstellung als Kandidat für die nächsten Reichstagswahlen Abstand zu nehmen.

Der Funkverkehr Deutschland—Italien ist seit kurzem aufgenommen worden. Leider steht die Einrichtung vorläufig nur stundenweise zur Verfügung, da San Paolo bei Rom, die italienische Gegenstation, für die deutsche Hauptfunkstelle Königs-Wusterhausen durch anderen Verkehr stark in Anspruch genommen ist.

Aenderung von Postabgängen nach Newyork. Die für den 8. April ab Kopenhagen nach Newyork geplant gewesene Reise des dänischen Dampfers „Frederik VIII“ ist ausgefallen; die für diesen Dampfer aufgekommenen deutschen Briefsendungen werden über England mit einem englischen Dampfer weiterbefördert. Auch der für den 22. April ab Kopenhagen mit dem dänischen Dampfer „United States“ vorgesehene Postabgang nach Newyork findet nicht statt. Der am 17. April von Hamburg nach Newyork abgehende Dampfer „Manchuria“ der American Line wird zur unbeschränkten Beförderung von Briefsendungen nach den Vereinigten Staaten von Amerika und Durchgang benutzt; Postschluß in Hamburg (Auslandstelle) am 15. April abends.

Postverbindung Hamburg—Newyork mit amerikanischen Frachtdampfern. Mit den ungefähr wöchentlich von Hamburg nach Newyork abgehenden Frachtdampfern der amerikanischen Kerr-Dampfschiffahrts-Gesellschaft können fortan gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen jeder Art nach den Vereinigten Staaten von Amerika und weiterhin befördert werden. Die nächsten Abfahrten sollen etwa am 14., 21., 28. April usw. stattfinden. Die Sendungen müssen den in die Augen fallenden Vermerk „über Hamburg mit Kerr-Dampfer“ tragen.

Provinzial-Nachrichten.

Delitzsch, 15. April. (Kerkerstrafe für den Schwindler Rudloff.) Aus Wien wird über das Schicksal des nach Veruntreuung von 200 000 Mark s. Zt. geflüchteten Stadthauptkassenrendanten Rudloff von hier folgendes gemeldet: Die wegen Betruges vor dem Schwurgericht angeklagten Gründer der Auswanderungsgesellschaft „Costa“, Wilhelm Rudloff und Julian Löw, erklärten sich beide nichtschuldig. Beide hätten nur im Interesse von Auswanderern, die sich in Südamerika eine Existenz gründen wollten, gehandelt. Löw behauptete, er habe auf die Anstellung von Beamten gar keinen Einfluß genommen, die Verträge schloß Generaldirektor Rudloff. Rudloff gab zu, vor sechs Jahren in Delitzsch städtische Gelder unterschlagen zu haben. Er flüchtete nach Brasilien, kam aber 1914 nach Wien, wo er Löw kennen lernte, der auch in Südamerika gelebt hat und die Idee zur Gründung der Auswanderungsgesellschaft hatte. Er sei von der besten Absicht beseelt gewesen und hoffte, die Sünden der Vergangenheit gutmachen zu können. Nach dreitägiger Dauer der Verhandlung fanden die Geschworenen den Angeklagten Rudloff einstimmig des Betruges schuldig, verneinten jedoch die Schuldfrage für Julian Löw mit sieben Stimmen. Auf Grund dieses Wahrspruches verurteilte der Gerichtshof Wilhelm Rudloff zu drei Jahren schweren Kerkers sowie zur Landesverweisung und sprach Julian Löw frei.

Gierzleben, 15. April. (Verschüttet.) Mittwoch gegen Mittag spielten 3 Schulkinder, Kurt Hermann, Franz Heinze und Walter Hätsch, in der hiesigen Lehmkuhle der Gemeinde. Durch das Spielen lockerte sich das Erdreich und verschüttete die drei Knaben. Während die beiden Fritz Heinze und Walter Hätsch nur Verletzungen davontrugen, konnte Kurt Hermann nur als Leiche geborgen werden.

Buttstädt, 15. April. (Zum Ostermarkte) waren zahlreiche Roßhändler mit Pferden aller Rassen gekommen, so daß schon vor dem eigentlichen Markttage alle Wohngelegenheiten und Ställe besetzt waren. Jedoch der Absatz stockte, da große Aufkäufer aus dem Rheingebiet, besonders aus Frankfurt, fehlten. Dieser Umstand brachte einen Sturz in die Handelspreise. Für vollwertige Tiere wurden jedoch hohe Preise gezahlt. Ueber 500 Stück Pferde und Fohlen wurden angetrieben. Das Rindvieh fehlte vollständig. Auf dem Schweinemarkt wurden fabelhafte Preise gefordert: 320—450 Mark für das Paar Saugschweine und 600—800 Mark für ein Läuferschwein.

Mansfeld, 15. April. (Anspruch auf Ausgleich der Tumultschäden.) Von Interesse ist die Mitteilung, daß auch bei der Stadt Mansfeld als Gemeinschuldner einige Mill. Mark Schadenersatz dafür angemeldet sind, daß auch Mansfelder sich bei den Unruhen in Halle und Umgegend beteiligt haben.

Dessau, 15. April. (Durch weitere Kartoffelzufuhren aus Dänemark) dürfte demnächst die auf 3 Pfund herabgesetzte Wochenkartoffelration auf 5 Pfund wieder erhöht werden können.

Dermbach, 15. April. (Freie Bahn dem Tüchtigen.) In Kaltenwestheim wurde der von der sozialdemokratischen Ortsgruppe vorgeschlagene Kandidat, der bisherige Gemeindediener, mit 169 gegen 108 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. 133 Bürger gaben ihre Stimme nicht ab.

Zella-Mehlis, 15. April. (Auflösung des Stadtverordnetenkollegiums.) Die Vertreter der demokratischen Partei haben ihre Mandate gemeinsam niedergelegt unter Hinweis auf die letzten Unruhen, zudem habe in der letzten Stadtverordnetensitzung der Stadtverordnete Kreuzau (U. S. P.) eine gegen die bürgerlichen Parteien gerichtete scharfe Drohrede gehalten, die weder von dem Vorsteher noch von den Genossen irgendwie zurückgewiesen worden sei. Die Listennachfolger beider demokratischer Listen haben gleichfalls auf ihre Mandate verzichtet. Der heute zusammengetretene Wahlausschuß mußte, obgleich das sozialistische Rumpfparlament zur Beschlußfähigkeit noch immer Zweidrittel Mehrheit hat, nach den gesetzlichen Bestimmungen die gesamten Mandate für erloschen erklären und die Neuwahlen anordnen.

Lützen, 15. April. (Eine Diebesgesellschaft), hauptsächlich aus Lützenern bestehend, hat wiederholt Einbrüche in die hiesige Zuckerfabrik verübt und dabei Mengen im Werte von mehreren Zehntausenden erbeutet, die mit großem Gewinn nach Leipzig verschoben sind. Als Versteck wurde die Friedhofskapelle benutzt. Ein am 10. d. Mts. geplanter neuer Diebstahl wurde durch einen anonymen Brief verraten und führte zur Festnahme von sechs Dieben, die in das hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert sind. Weiterhin verhaftete die Polizei mehrere Personen, die von der Gustav-Adolf-Kapelle sechs vergoldete Kugeln und vier kupferne Abfallrohre gestohlen haben.

Quedlinburg, 15. April. (Ein Farbengeschäft.) Die Braunschen Farbenfabriken waren in den letzten Monaten der Schauplatz umfangreicher Diebstähle. Es verschwanden fortgesetzt größere Mengen der teuersten Fabrikate, ohne daß man der Diebe und Hehler habhaft werden konnte. Ein von der geschädigten Fabrik zu Rate gezogener Berliner Detektiv ermittelte nun, daß die Chemische Fabrik Glattal in Freudenstadt Abnehmerin von Farben war, die sie von dem Apotheker Müller in Quedlinburg bezog. Wie weitere Ermittelungen ergaben, stand dieser mit Arbeitern der Braunschen Fabrik in Verbindung und bezog durch diese große Mengen der wertvollen Farben, die er dann weiterverkaufte. Die Polizei nahm darauf die in Frage kommenden fünf Arbeiter und den Fabrikportier Trebes fest. Es wurde dann noch eine große Menge des wertvollen Materials beschlagnahmt, mit dem die Diebe und Hehler bei den hohen Preisen Riesengewinne erzielt haben.

Lobenstein, 15. April. (Noch ein origineller Geldscheinspruch.) Die Stadt Lobenstein hat abermals Notgeld herstellen lassen. Das neuhergestellte Muster enthält außer dem im Reußenlande üblichen Sprichwort: „O Herr, gib Regen und Sonnenschein Greiz, Schleiz und Lobenstein. Und woll'n die andern auch was ha'n, so mögen sie dir's selber sa'n“, noch einen Spruch folgenden Wortlauts: „Ich bin ein Feind der Not aus schwerer Zeit, ach wären alle Menschen erst gescheit, dann würde auch die Welt vom Leid genesen, und ich wär' mehr als ein Papier gewesen.“

Vermischtes.

Auch eine Entdeckung!! Wachtmeister einer Polizeiwache von St. Pauli in Hamburg beobachteten zwei junge Leute, die auf einem Friedhof bei der Carolinenstraße drei schwere Säcke aus einer Gruft schafften und in ein Gebüsch versteckten. Die Beamten hielten die beiden jungen Leute an; es stellte sich heraus, daß die drei Säcke insgesamt 250 Pfund Bleirohre enthielten, die von den Wasserleitungen auf dem Friedhof herrührten. Angeblich sollen sich die Säcke mit den Bleirohren bereits in der Gruft befunden haben und nur von den beiden Ertappten, als sie das Brett hochhoben, entdeckt worden sein. Die Polizei glaubte dieser Entdeckungsgeschichte nicht, sondern führte die beiden „Entdecker“, einen siebzehnjährigen Schlosserlehrling Bö. und einen achtzehnjährigen Bureaugehilfen Ba., dem Gericht zu. Das Blei wurde beschlagnahmt.

Erschießung eines Einbrechers. Ein Hofbesitzer im Hamburg benachbarten Orte Blanckenbeck bemerkte, wie ein Mann sein Haus ableuchtete. Als der Mann auf den Halteruf des Hofbesitzers nicht stehen blieb, gab dieser auf ihn einen Schuß ab, der ihn tödlich traf. Die Personalien des Erschossenen sind bis jetzt noch nicht festzustellen gewesen, da jegliche Ausweispapiere fehlten.

Eine Sache bekämpfen und sie gleichzeitig unterstützen ist scheinbar eine Unmöglichkeit. Aber das scheint nur so. Die Zeitschrift „Der Drogenhändler“ bringt dieses Kunststück ohne jede Schwierigkeit fertig. In ihrer Nummer 27 vom 1. April druckt sie ohne Kommentar eine Aeußerung der „Deutschen Krankenkassen-Ztg.“ zur Arzneimittelknappheit ab, in der festgestellt wird, „daß ungeheure Mengen von wichtigen Chemikalien und Drogen von spekulativen Leuten festgehalten oder sogar ins Ausland verschoben werden“, und von der Regierung gefordert wird, daß hier „schnell und fest zugegriffen“ wird. In derselben Nummer aber finden wir ein Inserat, in dem eine Firma Hell, Mohr u. Co., Hamburg 1, „zirka 100 000 Röhren Aspirin-Tabletten“ anbietet. In einer Zeit, da in Berliner Apotheken oft nicht eine einzige Röhre Aspirin zu haben ist, werden hier 100 000 Röhren in „Kriegspackung“ angeboten. Wir haben Grund, anzunehmen, daß hier etwas nicht ganz in Ordnung ist. Verdient der Schleichhandel im allgemeinen schon die größte Aufmerksamkeit der Behörden, so der mit Arzneimitteln ganz besonders. Wir erwarten, daß hier im Interesse unserer kranken und siechen Volksgenossen ganz besonders schnell und kräftig durchgegriffen wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200416015/fragment/page=0003

Die Schieberbörse in Kempten (Allgäu). In der letzten Stadtratssitzung in Kempten wurde mitgeteilt, daß in Kempten eine große regelrechte Schieberbörse aufgedeckt worden sei und daß unbegreiflicherweise sowohl das Publikum gegen diese Aufhebung als wie auch gegen das rücksichtslose Vorgehen anderen Schiebern gegenüber in erbitterter Weise Front gemacht habe.

Ein erschütterndet Vorgang hat sich bei Einecke und Eineckeholten bei Dresden abgespielt. Dort waren ein Doppeldecker und ein Eindecker aufgestiegen. Die beiden Flugzeuge kreisten eine Zeitlang über der Gegend und führten allerlei Kurven und Wendungen aus. Augenzeugen hatten den Eindruck, als ob ein Angriff des Eindeckers auf den Doppeldecker vorgeführt werden sollte. Als der Eindecker wieder auf den Doppeldecker zuflog, wurde der letztere anscheinend gestreift, er verlor sein Höhensteuer, überschlug sich und stürzte ab. Das Flugzeug ging dabei völlig in Trümmer, die beiden Insassen, ein Leutnant und ein Unteroffizier, waren sofort tot. Der Eindecker kreiste weiter über der Unglücksstätte und flog immer niedriger, als ob der Führer, ein Feldwebel, sich von dem Schicksal seiner Kameraden überzeugen wollte. Dann stieg das Flugzeug bis auf etwa 2000 Meter Höhe und stürzte dann plötzlich kerzengerade ab, den unglücklichen Flieger unter sich zermalmend.

Eine schaurige Tat verübte die Frau des Maurers Martin Lepkar in Potsdam. In Abwesenheit ihres Mannes erschlug sie ihre seit acht Tagen verheiratete Tochter im Schlafe, worauf sie die Leiche zerstückelte und die einzelnen Teile im Ofen verbrannte. Den Kopf der Erschlagenen fanden Passanten am Ufer der Spree.

Verhängnisvoller Scherz. Als die Ehefrau des Hilfswachtmeisters Neuschulz in Berlin ihre Wohnung nach einer Besorgung betreten wollte, hörte sie verdächtiges Geräusch. Sie alarmierte Hausbewohner, und mehrere junge Leute bewaffneten sich mit Revolvern und feuerten eine Anzahl Schüsse in die Wohnung des Neuschulz hinein. Schmerzensrufe zeigten an, daß auch jemand getroffen worden war. Als man in die Wohnung eindrang, fand man Neuschulz selbst von einer Kugel im Unterleib schwer verwundet auf. Nach seiner Angabe war er während der Abwesenheit seiner Frau nach Hause gekommen und hatte sich „aus Scherz“ im Schlafzimmer verborgen.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung“.

Sportplatz am Zoo: Preußen-Berlin.

Das am Sonntag, den 18. April, nachm. 1/2 4 Uhr auf dem Sportplatz am Zoo stattfindende Spiel unsres Mitteldeutschen Alt-Meisters V. f. L.-Halle mit Preußen-Berlin verspricht ein sportlicher Hochgenuß zu werden. Die „Adler“, wie sie der Volksmund in Berlin kurz nennt, haben ihre stärkste Mannschaft, die letzthin gegen Minerva-Berlin 1:1, Hubertuself-Berlin (Liga) 5:0, Hannover 96 1:2, Acosta-Braunschweig 8:1 gewann, angemeldet. Sie spielt in der Aufstellung: Ladwig; Gelbhaar, Völker; Hein, Pahl, Zastrow; Herbst, Schmidt, Rollack, Krüger, Steuz. Auch unsre Hallenser werden mit ihrer stärksten, in Süddeutschland vor kurzem so bewährten Elf antreten. Da endlich auch der Platz neu planiert worden ist, dürften alle Bedingungen für ein wirklich hochklassiges Spiel, wie sie in letzter Zeit in Halle nicht gerade häufig waren, gegeben sein, wenn sich das Wetter nur einigermaßen hält. Vorher trifft sich in dem Spiel 98 I Schüler—V. f. L. I Schüler der jüngste Nachwuchs dieser beiden Vereine. — Der Sportplatz am Zoo (Angerweg 24) ist zu erreichen mit Straßenbahnlinie 1, 1 A, 5 und 5 A.

Modell-Wettfliegen in Halle. Zu dem am 25. April, nachmittags 2 Uhr, auf den Brandbergen stattfindenden Modell-Wettfliegen des „Flugtechnischen Vereins von 1914 E. V. Halle a. S.“ wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Anmeldungen zur Teilnahme bis zum 18. April in der Geschäftsstelle, Hochstraße 19, zu erfolgen haben. Nähere Auskunft dort.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Valutagewinne der Eisenindustrie.

Der Reichswirtschaftsminister hat die Anfrage eines Abgeordneten über die Regelung der Eisenwirtschaft in einer längeren Darstellung an den Präsidenten der Nationalversammlung beantwortet, der wir das Nachstehende entnehmen:

Die Großindustrie ist im letzten Monat dazu übergegangen, Eisen und Stahl an die weiterverarbeitende Industrie zur sogenannten „mittelbaren Ausfuhr“, und zwar zu Preisen zu liefern, die erheblich über den vom Reichswirtschaftsministerium genehmigten Inlandpreisen liegen; hierbei fordern die einzelnen Stahlwerke in der Regel 50 v. H. in deutscher Währung zum Inlandpreis und 50 v. H. in fremdländischer Währung zum Auslandspreis. Die eisenverbrauchende Industrie muß daher, wenn sie überhaupt Eisen zur Weiterverarbeitung erhalten will, die Hälfte zum Weltmarktpreise bezahlen, auch wenn das Eisen in Wirklichkeit nicht ausgeführt, sondern lediglich für den Inlandbedarf bestimmt ist. An und für sich ist der Gedanke nicht unberechtigt, die Valutaverluste, die den Hüttenwerken durch den Bezug von schwedischem und spanischem Erz entstehen durch einen Teil der Valutagewinne, die durch die Ausfuhr von Eisenhalbfabrikaten und Fertigerzeugnissen erzielbar sind, zum Ausgleich zu bringen. Nur ist hierzu eine Regelung erforderlich, die gewährleistet, daß nur die wirklich zur Ausfuhr gelangenden Waren belastet werden, und daß die Vergünstigungen nur denjenigen Werken der Großindustrie zugute kommen, die wirklich ausländische Rohstoffe verarbeiten oder aus diesem Grunde ungedeckte ausländische Schulden haben. Das gegenwärtige Verfahren der Großeisenindustrie bietet jedoch hierfür in keiner Weise Gewähr, denn die sogenannte „mittelbare Ausfuhrabgabe“ wird auch von den Werken gefordert, die keine ausländischen Erze verarbeiten, und ohne Rücksicht darauf, ob der Abnehmer das Erzeugnis ausführt oder nicht. In zahlreichen Zuschriften an das Reichswirtschaftsministerium haben weite Kreise der eisenverbrauchenden Industrie ihrer Entrüstung über diese Forderung der Stahlwerke mit Recht Ausdruck gegeben. Handelt es sich doch um eine sehr erhebliche Preisüberschreitung, die geeignet ist, die Interessen der inländischen Verbraucher aufs schwerste zu schädigen und eine weitere Entwertung der Papiermark herbeizuführen. Zur Beseitigung der Mißstände auf dem Eisenmarkt überhaupt, insbesondere des unerträglichen Zustandes, der durch die Forderung der Großeisenindustrie auf Zahlung in ausländischen Devisen entstanden ist, hat das Reichswirtschaftsministerium jetzt gemäß der Resolution des volkswirtschaftlichen Ausschusses der Nationalversammlung vom 15. Dezember 1919 den Entwurf einer Verordnung zur Regelung der Eisenwirtschaft fertiggestellt. Reichsrat und volkswirtschaftlicher Ausschuß haben diesem Entwurf zugestimmt. Nach § 12 Abs. 4 dieser Verordnung, die mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft tritt, sind Abreden, die den von dem künftigen Selbstverwaltungskörper festgesetzten Verkaufsbedingungen zuwiderlaufen, nichtig. Hierunter fällt auch die Forderung von ausländischen Devisen; sie ist als Ueberschreitung der Höchstpreise strafbar. In vielen Fällen verstößt das Verfahren der Großindustrie auch gegen die Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1917. Das Reichswirtschaftsministerium wird den Mißständen mit allen ihm bisher zu Gebote stehenden Mitteln entgegentreten und nunmehr auch mit Hilfe der Verordnung zur Regelung der Eisenwirtschaft auf eine strafrechtliche Verfolgung der zu seiner Kenntnis kommenden Fälle dringen.

Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte.

(Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern in Dortmund.)

14. April 1920.

Nachdem die politischen Vorgänge im Ruhrbezirk den Markt zunächst unberührt ließen, trat im weiteren Verlaufe durch die Störungen, die sie hervorriefen, eine erhebliche Beunruhigung ein, die zu mannigfachen Schwankungen der Kurse führte. Soweit bei der Unterbindung des Eisenbahn- und Postverkehrs noch von einem regelmäßigen Markt zu sprechen war, zeigte sich verstärktes Verkaufsbedürfnis. Mit der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse trat jedoch ein Stimmungsumschwung ein, der namentlich auf dem Kalimarkte, wo inzwischen zahlreiche Ausbeuteerklärungen bekannt geworden waren, in größeren Käufen zum Ausdruck kam. Die günstigere Stimmung erhielt sich, bis in die jüngsten Tage unter Einwirkung der durch die Beschlagnahme ausländischer Wertpapiere hervorgerufenen Erregung an den größeren Börsen auch eine Stockung im hiesigen Markt eintrat, die sich in einem ziemlich starken Verkaufsbedürfnis bei völlig aussetzender Nachfrage äußerte. Bei Niederschrift dieses Berichtes ist auf Verkäufe der Unternehmung und des Publikums eine deutliche Erholung des Marktes festzustellen.

Im einzelnen litten am Kohlenkuxenmarkte schwere Werte eher unter Angebot. Sie stellten sich mit wenigen Ausnahmen, wozu Graf Schwerin gehören, die indes auch ihren höchsten Kurs nicht behaupten konnten, um 10 000—12 000 Mk. niedriger. Nur in Gottessegen vollzog sich ein erheblicher Besitzwechsel. Das bemerkenswerteste Ereignis, die Abgabe eines Gebotes auf die Gewerkschaften Hermann 1—3 durch eine französische Gruppe, übte nur auf linksrheinische Unternehmungen eine sichtbare Wirkung aus, von denen Moers in sehr erheblichen Mengen, weiterhin Diergardt und Wilhelmine Mevissen in größeren Posten dem Verkehr entnommen wurden.

Der Braunkohlenmarkt war vernachlässigt. Einiges Geschäft entwickelte sich in Ostarssegen- und Zukunft-Aktien.

Am Kalimarkte bestand aus den anfangs erwähnten Gründen zunächst lebhaftere Kauflust für fast alle schweren und leichteren Werte. Der Rückgang in den letzten Tagen betrug für schwere Werte teilweise 5000—6000 Mark, für einige mittleren Werte etwa 1000—2000 Mk. Ein Teil dieser Verluste konnte bei nachlassendem Angebot im heutigen Vormittagsverkehr bereits wieder eingeholt werden. Eine Ausnahme von der schwachen Stimmung machten Wilhelmshall, die ihren Kurs ohne Unterbrechung steigern konnten. Für elsässische Unternehmungen waren infolge der Beschlagnahme durch die Regierung zuverlässige Notierungen einstweilen nicht festzustellen. Von Kaliaktien wurden die Vorzugsaktien der Adler-Kaliwerke infolge ihres bevorstehenden Umtausches in Stammaktien stärker begehrt und gekauft. In den übrigen Werten dieses Gebietes überwog das Angebot, und die Kursrückgänge bewegten sich hier zwischen 20 bis 40 Prozent. Eine Ausnahme machten Salzdetfurth-Aktien, die ihren Kurs leicht behaupteten.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 15. April. Gerüchte von angeblich bevorstehenden Putschversuchen riefen an der Börse eine gewisse Beunruhigung hervor und lähmten die Geschäftslust in hohem Grade. Der Verkehr bewegte sich demgemäß in engen Grenzen. Das Angebot, das allerdings nicht besonders umfangreich war, überwog und führte zumeist nur zu mäßigen Abschwächungen. Für einige Werte zeigte sich aber gleichwohl lebhafteres Interesse. So gewannen Bochumer Guß 11, Elberfelder Farben 9, Felten & Guilleaume 9, Adlerwerke 12 und Augsburger Maschinen 12 Prozent. Einen erheblichen Rückgang erfuhren Hösch Stahlwerke um 22 Prozent. Der Kolonialmarkt blieb vernachlässigt. Erst im späteren Verlaufe wurden Otavi und Südwestafrika zu ermäßigten Kursen umgesetzt. Petroleumaktien begegneten guter Kauflust. Steaua Romana stellten sich um 100 Prozent höher. Devisen neigten zur Abschwächung, da an der Börse Privatdepeschen eine Erhöhung der Markvaluta im Auslande meldeten. Deutsche Anleihen blieben unverändert, ebenso österreichische und ungarische. Die Stimmung wurde späterhin allgemein etwas fester; namentlich einzelne Montanwerte profitierten.

Devisenkurse.

Berlin, 15. April.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute		Gestern	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam-Rotterdam	2197.75	2202,50	2272,75	2022,00
Brüssel-Antwerpen	404,60	405,40	412,00	367,90
Christiania	1173,76	1176,25	1173,25	1086,00
Kopenhagen	1078,75	1071,25	1088,75	1016,00
Stockholm	1318,50	13215,0	1318,25	1201,25
Helsingfors	324,70	325,30	300,70	290,30
Italien	269,05	270,25	274.70	212,43
London	234,70	235,30	236,70	217,25
New York	58,90	59,10	59,40	53,60
Paris	372,10	372,90	389,60	340.35
Schweiz	1068.75	1071.25	1068,75	981,00
Spanien	1009,00	1521,00	1009,00	966,00
Wien (altes)	24,72	24,78	24,47	23,03
" (Deutsch-Oest. abgest.)	31,47	31,53	29,97	30,03
Prag	94,15	94,35	93,90	94,10
Budapest	25,97	26,03	28,47	28,53
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Berlin, 15. April. Am Produktenmarkt gestaltete sich der Verkehr ruhiger als gestern. In Hafer kam es bei weiter gesteigerten Preisforderungen nur zu mäßigen Umsätzen. Erbsen wurden kaum gekauft. Ebenso blieben Peluschken und Ackerbohnen geschäftslos. Für Wicken zeigte sich etwas mehr Nachfrage. Lupinen fanden zu etwas ermäßigten Preisen Käufer. Heu war mehr angeboten. Stroh behauptete seinen Preisstand bei ruhigem Verkehr.

Berlin, 15. April. Amtliche Notizen. Preis für 1000 Kg. in Mark: Inl. Hafer loko ab Speicher frei Wagen —, loko ab Bahn —, sofortige Abladung ab Abladestationen 3420—3320. Tendenz schwankend.

London, 15. April. Die Bank von England hat den Diskont von 6 auf 7 Prozent erhöht.

Vereinigte Eschebachsche Werke A.-G. Die Verwaltung bringt wieder 5 Proz. Dividende auf die Vorzugsaktien und 10 Prozent auf die Stammaktien sowie 25 Mark auf die Genußscheine bei 280 119 (56 806) Mark Vortrag in Vorschlag.

Der Kaliabsatz des deutschen Kalisyndikats hat im ersten Vierteljahr infolge der gesteigerten Ausfuhr und der erhöhten Valutakosten die günstigste Absatzziffer des ersten Vierteljahres 1920 von einigen Millionen gehabt. Das Ergebnis würde noch größer sein, wenn nicht der Rotterdamer Hafenstreik große Ladungen aufgehalten hätte. Seit dem 1. Januar hat allerdings eine neue Vermehrung der Unkosten stattgefunden, die man für alle Werke zusammen auf 330 Mill. Mark schätzt.

A.-G. für Glasindustrie vorm. Friedrich Siemens in Dresden. Der Generalversammlung werden wieder 17 Proz. Dividende in Vorschlag gebracht.

Preiserhöhung für Hohlglas. Die Vereinigung der mitteldeutschen Hohlglasfabriken in Dresden hat ihre Preise um weitere 50 Prozent erhöht, und zwar für Hell- und Farbglas usw. von 50 Proz. auf 100 Proz., für Milchglas usw. von 75 Proz. auf 125 Prozent. Unter diese Erhöhung fallen namentlich Wirtschafts- und Haushaltungsgläser.

Dresdner Nähmaschinenzwirnfabrik, Akt.-Ges., in Dresden. Laut Verwaltungsbericht von 1919 brachte das Berichtsjahr für die deutsche Nähgarnindustrie insofern eine Erleichterung, als die Zwangsbewirtschaftung der Nähfaden ihr Ende erreichte. Mit der Wiederinbetriebsetzung der Dresdner Fabrik wurde begonnen. In den badischen Fabriken der Gesellschaft ist die Betriebsumstellung von Papiergespinsten auf Baumwollgarn und Kunstseidenzwirn durchgeführt. Der Herrnskretschener Betrieb wurde im bisherigen Umfange aufrechterhalten. Das Unternehmen sieht sich veranlaßt, die Erhöhung des Aktienkapitals um 500 000 Mark Stammaktien und 250 000 Mark Vorzugsaktien der Generalversammlung vorzuschlagen. Der Bruttogewinn stellt sich einschließlich Zinsen auf 414 651 (377 324) Mark; Handlungsunkosten erforderten 145 229 (59 567) Mark. Der verfügbare Reingewinn beträgt 273 718 (299 138) Mark. Nach Abschreibungen von wieder 120 000 Mark soll bekanntlich eine Dividende von 12 (11) Proz. verteilt werden. — Ueber die Aussichten für das neue Geschäftsjahr teilt die Verwaltung mit, daß sich der Umsatz bedeutend gesteigert habe und sie auf ein den Zeitverhältnissen entsprechendes Ergebnis hoffe.

Keine neue Zwangsbewirtschaftung des Leders. Der Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften hatte sich mit einer Eingabe an den Reichswirtschaftsminister gewandt, in der er darum bat, bei einer etwaigen Wiedereinführung der Zwangsbewirtschaftung der Häute- und Lederbestände dafür Sorge zu tragen, daß den Unfallverletzten für orthopädische Zwecke Leder zu angemessenen Preisen zur Verfügung gestellt würde. Hierauf hat der Reichswirtschaftsminister mitgeteilt, daß nicht die Absicht bestünde, die Häute- und Leder-Zwangsbewirtschaftung wieder einzuführen, er hätte jedoch den Regierungen der Länder anheimgestellt, die Kommunalverbände zu veranlassen, ihrerseits eine Bewirtschaftung des Häuteanfalles durchzuführen.

Weidaer Jute-Spinnerei und -Weberei Akt.-Ges. in Weida. Nach dem Geschäftsbericht für 1919 wurde auf Warenkonto ein Ueberschuß von 918 229 (i. V. 1 711 222) Mk. erzielt. Hingegen erforderten Betriebsunkosten 1 259 160 (1 352 538) Mk., Zinsen 15 368 (0) Mk. Bei Abschreibungen von 52 500 (143 803) Mk. ergab sich ein Verlust von 408 798 Mk. (i. V. 29 313 Mk. Reingewinn). Durch den Gewinnvortrag aus 1918 mit 65 753 Mk. und einer Entnahme aus Sonderrücklagen von 315 056 Mk. wird der Verlust bis auf 27 990 Mk. gedeckt, die auf neue Rechnung vorgetragen werden. Im Vorjahre wurde noch eine Dividende von 10 Proz. verteilt. Das Werk mußte während des Berichtsjahres über dreieinhalb Monate stilliegen, wodurch ihm große Unkosten entstanden. Auch konnten die Verkaufspreise nicht mit den Herstellungskosten in Einklang gebracht werden. Wie sich die Verhältnisse im neuen Jahre gestalten werden, ist nicht vorauszusehen, doch hofft die Verwaltung auf Gewinn. Es soll eine hypothekarische Anleihe von 2 Mill. Mark aufgenommen werden.

Berliner Börse

vom 15. April 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:	
4 1/2% Dtsch. Schatzsch VI—IX	78,20
5% Dtsch. Reichsanl.	79,75
4% " "	76,75
3 1/2% " "	69,25
3% " "	75,20
4% Preuß. Konsols	77,75
3 1/2% " "	65,00
3% " "	62,00
4% Charl. Stadtanl. 89/99	97,75
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—
4% Sächs. Neulandsch Pfdbf.	102,25
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbf.	101,00
4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbf. 1911	104,00
4 1/2% Dess. Gas Oblig.	—
4% Dessauer Gas Obl.	100,75
Ausländ. Werte:	
4% Oesterr. Kronenrente	33,40
4% Ungar. Goldrente	69,75
4% Ungar. Kronenrente	39,40
Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	110,25
Halle-Hettstedter	85,00
Schantungbahn	560,00
Allg. Lokal-Str.	—
Gr. Berl. Str.	137,00
Magdeburger Str.-B.	—
Prinz-Heinrich-B.	605,00
Orientbahn	281,00
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	208,50
Hambg. Südamerika	288,50
Hansa-Dampfschiff.	385,00
Nordd. Lloyd	200,12
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	162,00
Berl. Handelsges.	205,00
Commerz-Diskontobank	198,50
Darmstädter Bank	146,00
Dessauische Landesbank	128,00
Deutsche Bank	307,00
Diskonto-Comm.	224,00
Dresdner Bank	186,00
Leipzig. Credit-Anst.	177,5
Mitteld. Kreditbank	154,00
Mitteld. Privatbank	171,50
Nationalbank	150,00
Oesterr. Kredit	117,75
Reichsbank	159,50
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	280,00
Akt. f. Anilin	360,00
Allgem. Elektr. Ges.	390,00
Ammendorfer Papierfabrik	—
Anhalter Kohlenw.	290,00
Annaberger Steingut	351,00
Badische Anilin	535,00
Bergmann Elekt. Akt.	259,00
Berl. Masch.-Bau	359,75
Bismarckhütte	405,00
Bochumer Gußstahl	365,00
Chem.-Fabr. Buckau	245,00
Chem. Griesheim	317,50
Chem. Heyden	400,00
Consolidation Schalk	444,25
Cröllwitzer Papierfbk	—
Daimler Motoren	309,50
Deutsche Luxemburg	349,75
Deutsche Uebersee-Elektr.	1180,00
Deutsche Erdöl	788,00
Deutsche Gasglühl.	5000,00
Deutsche Kali	442,50
Deutsche Waffen und Mun.	444,75
Donnersmarckhütte	379,84
Döring & Lehrmann	166,00
Dürrkoppwerk	—
Engelhardt-Brauerei	275,00
Elberfelder Farben	425,00
Felten & Guillaume	540,00
Gasmotoren Deutz	220,00
Gebhard & Co.	—
Gebhard & König	309,00
Gelsenkirchen Berg.	337,00
Glauziger-Zuckerfbk	512,00
Hallesche Maschfbk.	608,00
Hann. Masch.	400,50
Harpener Berg	340,00
Hasper Eisen	390,00
Hirsch Kupfer	350,00
Höchster Farbwerke	395,75
Hoesch Eisen u. Stahl	334,00
Hohenlohe Werke	225,00
Humboldt Masch.	210,25
Ilse Bergbau	409,50
Kahla Porzellan	610,00
Kaliw. Aschersleben	447,00
Körbisd. Zucker-Akt.	291,00
Kyffhäuserhütte	237,00
Lahmeyer & Co.	230,00
Lauchhammer	322,00
Laurahütte	318,75
Linke & Hofmann	515,00
Ludwig Loewe & Co.	325,00
Lothringer Hütte	326,00
Mannesmannröhren	405,00
Masch.-Fabr. Buckau	264,75
Oberschl. Eisenb.-Bd.	251,00
do. Coro Hag.	294,00
do. Kokswerke	380,00
Orenstein & Koppel	302,00
Phönix Berg	439,00
Rhein. Metall-Vorz.	295,00
Rhein. Stahlwaren	354,50
Riebeck. Montan	339,00
Rombacher Hütten	234,50
Rositzer Braunk.	335,00
Rositzer Zucker	250,00
Sangerhäuser Masch.	—
HugoSchneider A.-G.	340,50
Schuckert & Co.	224,84
Siemens & Halske	339,75
Stettiner Cham.	319,75
Stettiner Vulkan	270,00
Stollberger Zinkh.	319,75
Strals. Spielkarten	325,00
Thale-Eisenhütte	455,00
Triptis Porzellan	271,00
Türk. Tabakregie	960,00
Ver. Köln-Rottweiler	859,00
Ver. Glanzstoff	—
Wegelin & Hübner	204,00
Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Westeregeln Alkali	740,00
Wittener Gußstahl	808,00
Wrede Mälzerei	150,00
Zeitzer Masch.	475,00
Zellstoff Waldhof	301,00
Otavi-Minen	950,00

Tendenz: fest.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 15. April 1920.

Hallesche Zucker-Raffinerie	266,00
Leipziger Malzfabrik, Schkeuditz	184,00
Landwirtsch. Masch. Zimmermann, Halle	194,00
Mansfelder Gewerkschaft	3900,00
Portland, Zementfabrik Halle	150,00
Prehlitzer Braunkohlen	—
Priorit.	—
	—

Verantwortlich f. d. polit. Teil: J. V.: Eugen Brinkmann; f. d. örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Bär; für den Anzeigenteil: Otto Bieler. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200416015/fragment/page=0004